

Niederschrift

über die 3. öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, den 02.05.2002
im Sitzungssaale des Rathauses.

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:45 Uhr

Anwesende: Bgm. Engelbert Stenico, Vorsitzender
1. Bgmstv. Josef Stenico
2. Bgmstv. Konrad Bock
St.R. Mag. Manfred Weiskopf
St.R. Franz Huber
GR. Günter Stürz
GR. Hubert Niederbacher
GR. Markus Raneburger
GR. Richard Reinalter
GR. Christoph Schnegg
GR. Ing. Thomas Hittler
GR. Mag. Christoph Mayer
GR. Hans Werner Netzer
GR. Thomas Lechleitner
GR.-Ers. Andreas Senn
GR.-Ers. Werner Geschwendtner
GR.-Ers. Johann Georg Unterhuber
GR.-Ers. Mag. Kurt Leitl
GR.-Ers. Gerold Parth

Abwesend und
entschuldigt: St.R. Ing. Bernhard Wolf
St.R. Ing. Helmut Waltle
GR. Edmund Stubenböck
GR. Markus Steinlechner
GR. Herbert Hörtnagl

Weiters an-
wesend: Dr. Engelbert Schneider
Ing. Konrad Sailer
Walter Gaim

Schriftführerin: Beate Luchner

Tagesordnung

1. Niederschrift
2. Anträge des Finanzausschusses
(Studienbeihilfen; Begabtenförderung; Waldumlage; Wohnbaudarlehen; Finanzierungen; Mittelfristiger Finanz- und Investitionsplan 2003 – 2005)
3. Jahresrechnung 2001 und Verwendung Überschuss 2001; Überprüfungsbericht zur Jahresrechnung 2001
4. Anträge des Stadtrates
(Lastenfreistellung; Schützengilde – Benützungsbewilligung; Altersheim-Westfassade - Auftragsvergabe)
5. Auftragsvergabe – Ankauf Löschfahrzeug (Pumpe 1) FFW Landeck
6. Anträge des Bau- und Wasserausschusses
(Auftragsvergaben; Grenzbereinigung; Grundverpachtung; Dienstbarkeitseinkäumung)
7. Antrag des Wohnungsausschusses
(Auftragsvergabe – Sanierung Salurnerstraße)
8. Anträge, Anfragen und Allfälliges

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen, stellt die Beschlussfähigkeit fest und geht sodann auf die Erledigung der Tagesordnung über:

Pkt. 1) der TO.: **Niederschrift**

Die Niederschrift über die 2. Sitzung des Gemeinderates im Jahre 2002 wird genehmigt und ordnungsgemäß gefertigt.

Pkt. 2) der TO.: **Anträge des Finanzausschusses**

Der Vorsitzende verliest nachstehende Anträge des Finanzausschusses an den Gemeinderat:

a) Studienbeihilfen

Der Finanzausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, der Auszahlung nachstehend angeführter Studienbeihilfen zuzustimmen:

01. Ascher Martina, Obere Feldgasse 15, Uni Innsbruck
02. Jenewein Nina, Spenglergasse 1a, Uni Innsbruck
03. Pesjak Sonja, Fischerstrasse 14, Uni Innsbruck

Mit der Gewährung zuvor angeführter Studienbeihilfen erklärt sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

b) Begabtenförderung

Der Finanzausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, nachstehend angeführtem Gesuchsteller eine Begabtenförderung in Höhe von Euro 70,- zu gewähren:

Dapoz Peter, Brixnerstraße 16, Landeck, Abschluss der 3. Klasse der Tiroler Fachberufsschule für Metalltechnik mit Auszeichnung

Das Ansuchen entspricht den Richtlinien für die Vergabe von Begabtenförderungen.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

c) Waldumlage

Der Finanzausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, die Umlage zur teilweisen Deckung des Personalaufwandes für das Forstaufsichtsorgan gem. § 12 der Tiroler Waldordnung, LGBl. 29/1979, für 2001 mit 50 % für den Wirtschaftswald und mit 35 % für den Wald mit mittlerer Schutzfunktion einzuheben.

Laut Berechnung muss die Gemeinde Landeck von den gesamten Forstaufsichtskosten (Personalkosten 2001 einschließlich Dienstgeberbeiträge für Waldaufseher Schlatter Werner S 519.258,77) 82,32 % selbst tragen, die restlichen 17,68 % werden auf die Waldeigentümer umgelegt.

Die Gesamtumlage beträgt somit S 91.675,61.

Für diesen Antrag des Finanzausschusses ergibt sich sodann Einstimmigkeit.

d) Wohnbaudarlehen

Der Finanzausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, nachstehend angeführter Gesuchstellerin ein Wohnbaudarlehen in der berechneten Höhe zu gewähren:

**Hairer Dominika, Salurnerstraße 12, 6500 Landeck
Ankauf einer Eigentumswohnung in Landeck**

Wohnraum: $76 \text{ m}^2 \times 2,8 \times 3 \times 2,79 = 1.781,13$
Wohnbaurdarlehen gerundet: € 1.800,--

Mit der Gewährung des Wohnbaurdarlehens erklärt sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

e) Finanzierungen

Der Finanzausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, nachstehende Mehrausgaben des Rechnungsjahres 2001 wie folgt zu bedecken:

Mehrausgaben	79.377.767,70
Mindereinnahmen	<u>62.743.679,93</u>
	16.634.087,77
Mehreinnahmen	36.370.885,83
Minderausgaben	<u>19.736.798,06</u>
	16.634.087,77

Die Aufgliederung liegt dem Antrag und der Niederschrift bei.

Bei der folgenden Abstimmung ergibt sich sodann Einstimmigkeit.

f) Mittelfristiger Finanz- und Investitionsplan 2003 - 2005

Der Vorsitzende verliest im folgenden die Auslistung der Vorhaben, welche im Mittelfristigen Finanz- und Investitionsplan bis 2005 eingeplant sind. (Die Liste mit den Vorhaben liegt der Niederschrift bei).

Anschließend erklärt er, dass der Spielraum zwischen den Einnahmen und den Ausgaben immer kleiner werde. Der Finanzausschuss berate jedoch schon über mögliche Einsparungsmöglichkeiten. Würde man alle diese Vorhaben durchführen, dann würde der Verschuldungsgrad nicht über 70% steigen.

Vizebgm. Bock erklärt, dass der Mittelfristige Finanz- und Investitionsplan eine Leitlinie für die Gebarung sein solle. Wenn er sich diesen Plan ansehe, mache er sich jedoch große Sorgen um die finanzielle Situation der Stadtgemeinde Landeck. Er sei sich schon im Klaren, dass in den Plan viel hineingeschrieben werde, um soviel wie möglich an Förderungsmittel zu erhalten. Jedoch ein Verschuldungsgrad von rund 88% im Jahre 2005 sei Besorgnis erregend. Es werde dann schwierig werden, ein Budget zu erstellen. Auch seien einige Ansätze zu niedrig bemessen und er habe feststellen müssen, dass die Ansätze für die Fachhochschule und die Erweiterung der Perjener Feuerwehrrhalle zur Gänze fehlen würden. Es sei seiner Meinung nach auch besser, ein oder zwei Projekte konkret ins Auge zu fassen und diese professionell zu erledigen. Mehr werde nicht möglich sein.

Die ÖVP-Gemeinderatsfraktion werde dem Mittelfristigen Finanz- und Investitionsplan 2003 – 2005 zustimmen, um dem Land zu zeigen, dass sie zu diesem Plan und den Projekten stehe. Jedoch nur unter der Bedingung, dass die Kosten für die Vorhaben Fachhochschule und Erweiterung der Perjener Feuerwehrrhalle mit aufgenommen werden.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Projekte Fachhochschule und Erweiterung der Perjener Feuerwehrrhalle seien im Finanzausschuss nicht behandelt worden, jedoch sei es kein Problem, diese in den Mittelfristigen Finanz- und Investitionsplan aufzunehmen.

GR.-Ers. Leitl teilt mit, dass er die Auflistung über die geplanten Vorhaben sehr gut finde. Ein Verschuldungsgrad von 88 % sei für die Gemeinde jedoch nicht tragbar. Auch würden ihm die Abgänge fehlen, die man haben werde zum Beispiel durch den Venet. In der Aufstellung fehle ihm das Projekt der Tiwag, wobei er zugebe, dass dieses im Ausschuss nicht behandelt worden sei. Auch seien für ihn die Ansätze zu niedrig festgesetzt und es werde auch sicher nicht möglich sein, die drei Projekte Klösterle, Vereinshaus und Handelsschulgebäude zugleich realisieren zu können.

Der Ausschuss des AAB habe beschlossen, dem Mittelfristigen Finanz- und Investitionsplan 2003 – 2005 die Zustimmung zu erteilen.

Der Vorsitzende stimmt mit GR.-Ers. Leitl überein, dass nicht alles gemacht werden könne und dass man sich für bestimmte Projekte entscheiden werde müssen. Einige aus finanziellen Gründen, andere in Hinblick auf die Kapazität im Hause.

Für StR. Mag. Weiskopf sei der Mittelfristige Finanz- und Investitionsplan ein Plan mit Projekten, die man sich im Gedächtnis halten soll. Es sei aber auch möglich, dass andere wichtige und dringende Projekte hinzukommen können und diese dann zu erledigen seien. Bezüglich der Fachhochschule habe er bei einem Besuch in Vorarlberg gesehen, dass für die dortige Fachhochschule die Kosten zur Gänze das Land getragen habe. Dies würde er sich auch für Tirol wünschen.

GR. Lechleitner ist der Meinung, dass der Mittelfristige Finanz- und Investitionsplan ein Planungsinstrument für die Landesräte sei und in welchem man darstelle, was notwendig sei. Man sei jedoch nicht an den Plan gebunden. Ihm würde es grauen, wenn man alles realisieren würde. Man solle sich stattdessen auf ein oder zwei Projekte spezialisieren.

Auch die FPÖ-Gemeinderatsfraktion werde dem Mittelfristigen Finanz- und Investitionsplan 2003 – 2005 die Zustimmung erteilen.

Vizebgm. Bock betont die Wertigkeit dieses Planes und sehe ihn nicht als Wunschkatalog, sondern als eine Auflistung von ernst zu nehmenden Vorhaben. Man werde in Landeck einiges tun müssen, und es gelte, die Durchführung der notwendigsten Projekte zu sichern. Für einige Objekte in Landeck müsse man sich ja fast schämen. Eine Konzentration auf zwei bis drei Projekte sei daher unumgänglich. Die Fachhochschule sei ein sehr gutes Projekt, das man halt leider nicht zum Nulltarif haben könne.

Bei der darauffolgenden Abstimmung wird der Mittelfristige Finanz- und Investitionsplan 2003 – 2005 vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Pkt. 3) der TO.: Jahresrechnung 2001 und Verwendung Überschuss 2001

Der Bürgermeister übergibt den Vorsitz an Vizebgm. Stenico.

Bgm. Stenico verliest als Obmann des Finanzausschusses nachstehenden Bericht zur Jahresrechnung 2001:

Ich werde die Jahresrechnung 2001 dem heutigen Stand der Kommunikationstechnik angepasst, als Power-Point-Präsentation, vortragen. Die technische Ausstattung hat uns die Lantech zur Verfügung gestellt, wofür ich mich herzlichst bedanke.

Es ist unsere letzte Jahresrechnung in österreichischen Schillingen.

Das erste Diagramm zeigt einen Überblick über die Entwicklung des Gemeindehaushaltes. Sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben des ordentlichen Haushaltes sind in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt um jährlich 4 % von 151.251.892,-- im Jahre 1992 auf 212.512.879,-- im Jahre 2001 gestiegen. Im außerordentlichen Haushalt wurden je nach Investitionstätigkeit zwischen 15.000.000,-- und 87.000.000,-- pro Kalenderjahr aufgewendet. Der überdurchschnittlich große Zuwachs im ordentlichen Haushalt von Haushaltsjahr 2000 auf 2001 mit ca. 6 % ist insbesondere auf die großen Mehreinnahmen bei den Abgabenertragsanteilen, bei der Kommunalsteuer und den Verkauf des Rot-Kreuz-Gebäudes zurückzuführen.

Auch das Diagramm "Gliederung nach Haushaltsgruppen" beweist eine konstante Entwicklung der Gemeindefinanzen.

Geändert haben sich folgende Haushaltsgruppen:

Der Anteil der Finanzwirtschaft. Er ist um 2 %, von 14 % auf 16 %, gestiegen.

Die Aufwendungen für Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft scheinen um 1 % niedriger, mit 12 %, auf.

Der Aufwand für die Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung wurde um 1 % reduziert.

Die Wirtschaftsförderung steht mit 2 % zu Buche, im Vorjahr mit 0 %.

Der Aufwand für die Dienstleistungen scheint mit 2 % niedriger, das heißt mit 30 %, auf.

Betrachtet man die Entwicklung der Haushaltsquerschnitte im vorliegenden Diagramm, so stellt man fest, dass sich der Personalaufwand und der Verwaltungs- und Betriebsaufwand überdurchschnittlich entwickelt haben und für den Erwerb von beweglichem Vermögen und die Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt überdurchschnittliche Geldmittel bereitgestellt werden konnten.

Die interessanteste Größe im Haushalt und insbesondere für die Gemeindepolitiker ist das Nettoergebnis der fortdauernden Gebarung nach Aufrechnung des Schuldendienstes. Das Nettoergebnis der fortdauernden Gebarung, mit einer Größenordnung von 23.404.500,-, kann für eine Gemeinde unserer Größenordnung als durchschnittlich bezeichnet werden und müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, das heißt Einsparungspotentiale ausschöpfen, um dieses annehmbare Ergebnis auch für die nächsten Jahre zu sichern. Das beste Ergebnis wurde im Jahre 1993 mit 35.483.425,- erzielt.

Im nächsten Diagramm wird das Maastricht-Ergebnis, das heißt das um Rücklagen, Schuldendienst und Maastricht-Betriebe, wie Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Müllbeseitigung und Wohn- und Geschäftsgebäude bereinigte Ergebnis, dargestellt. Das Jahr 2001 wurde mit einem Maastricht-Defizit von 9.224.048,- abgeschlossen. Zurückzuführen ist dieses Ergebnis insbesondere auf die großen Rücklagenentnahmen in Höhe von 15.050.341,74. Die Abgabenertragsanteile, das sind die Ertragsanteile an eigenen Steuern, der Sockelbetrag, der Getränkesteuerersatz und der Bedarfsausgleich, haben sich in den letzten Jahren konstant positiv entwickelt. Der Rechnungsabschluss weist mit 62.450.567,- die bisher höchsten Einnahmen aus Abgabenertragsanteilen aus. Vom vorangeführten Betrag entfallen 5.254.491,- auf den Getränkesteuerersatz. Der Getränkesteuerersatz hat im Jahr 2000 noch 1.734.097,- betragen. Damit wurde der Stadt Landeck im Rechnungsjahr die Getränkesteuer nur zu 70 % abgegolten. Die Abgabenertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben sind im Dezember 2001 um 2.594.488,88 höher ausgefallen als erwartet. Zu erklären ist dieses Phänomen durch die Einführung der Verzugszinsen durch den Bund. Die Steuerpflichtigen haben künftig bei Nachzahlungen an Bundessteuern Verzugszinsen zu entrichten. Die Steuerpflichtigen haben darauf reagiert und ihre Ertragssteuern früher als bisher abgeführt, um der Vorschreibung von Verzugszinsen zu entgehen. Die Steuerhoheit der Gemeinden und damit die Unabhängigkeit gehen nach und nach verloren. War das Ergebnis zwischen Abgabenertragsanteilen und eigenen Steuern im Jahre 1992 noch beinahe ausgeglichen, betragen im Jahre 2001 die eigenen Steuern noch 38 %, die Ertragsanteile jedoch 62 %.

Das Diagramm "Neuverschuldung, Schuldenstand, Schuldendienst" gibt eine Übersicht über die Entwicklung der Fremdmittel bzw. Finanzierung unserer Investitionen. Die Neuverschuldung ist auch im Jahr 2001 wieder negativ, jedoch nur deswegen, weil die angeforderten Darlehen durch die verspätete Zuzählung der Landes-Hypothekenbank erst im Jänner 2002 ausbezahlt wurden und daher das Rechnungsjahr 2002 belasten. Wäre entsprechend der Anforderung abgerechnet worden, so

hätte in der Jahresrechnung eine Neuverschuldung von 19.029.000,-- ausgewiesen werden müssen. Im selben Verhältnis hätte sich auch der Schuldenstand entwickelt. Für den Schuldendienst hat die Stadtgemeinde Landeck im Jahre 2001 15.858.629,-- aufgewendet, das sind 516.116,-- weniger als im Jahre 2000. Der Rückgang ist mit auslaufenden Darlehen und gesunkenen Zinsen zu begründen. Der mit Abstand geringste Schuldendienst wurde im Jahre 1994 mit 8.041.579,-- geleistet.

Die Stadtgemeinde Landeck zählt, wie dem Diagramm über den Verschuldungsgrad zu entnehmen ist, mit 40,39 % zu den Gemeinden mit mittlerer Verschuldung. Am höchsten verschuldet war die Stadtgemeinde Landeck im Jahre 1999 mit 48,04 %, am niedrigsten im Jahre 1996 mit 17,79 %.

Der Entwicklung der Personalkosten wird seit Jahren größtes Augenmerk geschenkt. Der Aufwand für die Personalkosten der Stadtgemeinde Landeck, ohne Berücksichtigung des Alten- und Pflegeheimes, ist in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt um 3 % gestiegen und liegt der durchschnittliche Anstieg der Personalkosten damit um 1 % unter dem Zuwachs der Einnahmen. Diese Entwicklung kann als vorbildlich bezeichnet werden. Insgesamt, das heißt mit dem Alten- und Pflegeheim, hat die Stadtgemeinde Landeck im Jahre 2001 62.240.185,04 für das Personal aufgewendet. Auf das Alten- und Pflegeheim entfallen hievon 23.496.108,72.

Zusammenfassend darf ich feststellen, dass das Haushaltsjahr 2001 äußerst positiv verlaufen ist. Durch den Verkauf des Rettungsgebäudes und das positive Ergebnis war es möglich, zur Finanzierung der Investitionen dem außerordentlichen Haushalt 18.073.283,11 zuzuführen, das heißt, man hat sich die Inanspruchnahme von Fremdmitteln in dieser Größenordnung erspart. Insgesamt ist die Finanzsituation stabil. Um die frei verfügbaren Mittel für die Zukunft zu sichern, wird es jedoch erforderlich sein, die Tätigkeit der Gemeinde auf die wesentlichen Gemeindeaufgaben zu beschränken.

Abschließend bedanke ich mich im Namen des Finanzausschusses bei allen, die für dieses gute Jahresergebnis verantwortlich sind, den Obmännern der zahlreichen Ausschüsse, die darauf geachtet haben, dass die Budgetansätze im Wesentlichen eingehalten und die Mittel sinnvoll verwendet wurden, bei Stadtamtsleiter Dr. Engelbert Schneider, bei allen Abteilungsleitern, vor allem aber bei Stadtkämmerer Walter Gaim und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Finanzabteilung.

Ein besonderer Dank gilt auch den Mitgliedern des Überprüfungsausschusses unter Obmann GR. Thomas Lechleitner, welche die Gebarung der Gemeinde das ganze Jahr überprüfen. Bei den Mitgliedern des Finanzausschusses bedanke ich mich für die gute und sachliche Zusammenarbeit.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Bgm. Stenico und erteilt das Wort StR. Mag. Weiskopf, welcher nachstehende Erklärung zur Jahresrechnung 2001 gibt:

Die Jahresrechnung 2001 sei im Großen und Ganzen positiv ausgefallen. Er möchte an dieser Stelle keine Zahlen nennen, erwähnenswert sei jedoch der Überschuss von ca 4,2 Mio. Schilling. Im letzten Jahr sei die Volksschule Perjen umgebaut worden, wobei die Kosten leider nicht ganz so niedrig gehalten werden konnten, wie geplant worden sei. Ein Lob gebühre aber den Architekten sowie den Mitarbeitern im Hause. Auch die Kosten für das Altenheim, welches in erster Linie ein Pflegeheim sei, dürfen nicht unberücksichtigt bleiben. Ein Augenmerk sei hierbei auf die Wirtschaftlichkeit gelegt und es daher möglich gewesen sei, eine Rücklage zu bilden. Weiters teilt er mit, dass er als Obmann des Kulturausschusses noch kurz auf diesen Bereich eingehen wolle. Im letzten Jahr seien durch das Kulturreferat 38 Veranstaltungen wie zB Theateraufführungen im Rahmen des Theaterabos, Jazz-Konzerte, Ausstellungen udgl. veranstaltet worden und das, obwohl die finanziellen Mittel gekürzt worden seien. Die Stadtgemeinde sei des öfteren auch als Mitveranstalter aufgetreten wie zum Beispiel beim Adventsingen oder beim Advent im Schloss und habe so die verschiedensten Vereine unterstützt. Hauptanliegen des Kulturreferates sei es, Kultur für jeden zu machen. Auch das Landecker Stadtfest dürfe man an dieser Stelle nicht vergessen. Laut Voranschlag wäre ein Abgang von S 90.000,00 möglich gewesen. Der tatsächliche Abgang habe lediglich S 12.000,00 betragen.

Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion werde der Jahresrechnung 2001 ihre Zustimmung erteilen.

Abschließend bedankt er sich bei allen für die ordentliche und fleißige Arbeit. Besonders seinen Dank aussprechen möchte er Bgm. Engelbert Stenico, dem Stadtamtsleiter Dr. Schneider, allen Abteilungsleitern und deren Mitarbeitern, besonders aber dem Stadtkämmerer Walter Gaim für seine gute, fachliche und sachliche Arbeit.

Vizebgm. Bock erklärt, dass die Jahresrechnung 2001 auf den ersten Blick sehr positiv ausfalle und Landeck einen sehr niederen Verschuldungsgrad aufzeige. Schauen man sich die Jahresrechnung jedoch im Detail auf, so würden einiges auffallen, das kritisch zu betrachten sei. Zum Einen seien die Ertragsanteile noch höher, welche jedoch aufgrund des Bevölkerungsrückganges laut der Volkszählung in Zukunft niedriger sein werden. Andererseits befinde sich auf der Einnahmenseite auch der einmalige Erlös aus dem Verkauf des ehem. Rotkreuzgebäude. Auch seien einige Budgetansätze, speziell im Schul- und Kindergartenbereich, nicht ausgenützt worden, was nicht passieren dürfe. Der geplante Umbau bei den WC-Anlagen im Schwimmbad sei ebenfalls nicht durchgeführt worden. All dies seien Anlässe, um das Ganze kritisch zu sehen. Weiters stellt er fest, dass die Ansätze im außerordentlichen Haushalt im Bereich Wertstoffhof und Volksschule weit überschritten worden seien. Man müsse in Zukunft realistischer budgetieren. Zum Sozialbereich bemerkt er, dass die Führung im Altenheim Landeck sehr gut sei. Dies verdanke man dem Leiter, aber auch der Belegschaft und jenen, die freiwillige Dienste leisten. Bezüglich der Kulturarbeit stimmt er StR. Mag. Weiskopf zu, dass man die vorhandenen Mitteln so gut wie möglich ausnützen solle. Es sollte jedoch nicht der Fall sein, dass mehrere Veranstaltungen zur selben Zeit stattfinden. Vereine und kulturell Agierende sollen auch in Zu-

kunft unterstützt werden, die Gemeinde soll dann nur in jenen Bereichen etwas unternehmen, wo sonst niemand etwas tut. Es gebe nach wie vor Defizite in der bildenden Kunst, doch dafür könne die Gemeinde nichts. Im Stadtsaal wurden im letzten Jahr auch viele Veranstaltungen abgehalten, was laut Jahresrechnung sehr preisgünstig sei. Man sehe, dass sich die Wirtschaftskammer hier sehr anstrengt. Auch der Bereich Sport sei ein großer Bestandteil der Jahresrechnung. Es sei notwendig, diesen Bereich zu fördern und auch in Zukunft weitere Projekte zu entwickeln.

Die ÖVP-Gemeinderatsfraktion habe beschlossen, der Jahresrechnung 2001 die Zustimmung zu erteilen.

Anschließend bedankt er sich bei Bürgermeister Engelbert Stenico, dem Stadtamtsleiter Dr. Schneider, dem Stadtkämmerer Walter Gaim sowie allen Mitarbeitern des Hauses für die geleistete Arbeit.

Bgm. Stenico erklärt, dass es auch früher schon öfters zur Über- bzw. Unterschreitung der Budgetansätzen gekommen sei. Es habe dafür auch immer ein Grund gegeben. Die Nichtausschöpfung der Ansätze sei sicher einerseits auf den Stress, welcher der große Umbau in der Volksschule Perjen mit sich gebracht habe, zurück zu führen. Andererseits sei auch ein Mitarbeiterwechsel in der zuständigen Abteilung gewesen. Aber im Großen und Ganzen seien die Ansätze ausgeschöpft worden.

GR. Lechleitner teilt mit, dass es zwar positiv sei, dass ein Überschuss erwirtschaftet werden konnte, jedoch von einer Euphorie sei man weit entfernt. Auch habe es letztes Jahr noch mehr Abgabenertragsanteile gegeben, welche in Zukunft aufgrund der niederen Bevölkerungszahl bei der Volkszählung sinken werden. Aufgrund der neuen Regelung bezüglich des Abschlusses am 31.12. sei es in manchen Bereichen der Fall gewesen, dass einige Ansätze nicht ausgenützt worden seien. Dies werde sich aber im nächsten Jahr von selbst einpendeln. Im Großen und Ganzen handle es sich um ein schlankes Budget. In den meisten Bereichen sei man unter den Ansätzen geblieben.

Die FPÖ-Gemeinderatsfraktion werde der Jahresrechnung 2001 die Zustimmung erteilen.

Abschließend bedankt er sich bei allen, die für den Abschluss des positiven Rechnungsergebnisses beigetragen haben.

GR.-Ers. Leitl erklärt, dass schon vieles gesagt worden sei und er an dieser Stelle nicht nochmals alles wiederholen wolle. Er fügt hinzu, dass er leider feststellen habe müssen, dass die eigenen Steuern immer weniger werden würden und dadurch die Unabhängigkeit immer geringer werde. Eine Gegensteuerung wäre wünschenswert. Weiters ist er der Meinung, dass es der Verdienst vieler sei, dass die Volksschule Perjen eine Schule geworden sei, auf die man stolz sein könne. Sie hätte vielleicht ein wenig billiger sein können, aber wenn man das Ergebnis sehe, verkrafte man die

Überschreitung. Auch die Förderung und Pflege der Sportstätten sei ihm ein Anliegen, und er sei sich bewußt, dass dies auch etwas koste.

Der Ausschuss des AAB habe beschlossen, der Jahresrechnung 2001 die Zustimmung zu erteilen.

Zum Schluss bedankt er sich bei dem Leiter der Finanzabteilung Walter Gaim, dem Angestellten Hainz Schattauer sowie bei allen Mitarbeitern des Hauses für die gute und sachliche Arbeit und für die tolle Zusammenarbeit.

Bgm. Stenico stimmt GR.-Ers. Leitl zu, dass es wirklich der Verdienst aller sei, dass die Volksschule Perjen solch eine tolle Schule geworden sei.

GR. Hittler möchte auf die Ansatzüberschreitung beim Wertstoffhof aufmerksam machen. Man wisse zwar, warum und wie es zu der Überschreitung gekommen sei, aber Vizebgm. Stenico habe diesbezüglich versprochen, es werde zu keiner Überschreitung kommen.

Vizebgm. Stenico erklärt, dass alles versucht worden sei, damit die Ansätze eingehalten werden konnten. Einerseits sei leider manches hinzugekommen, was man zuerst nicht bedacht habe. Andererseits habe die technische Ausstattung des Wertstoffhofes zu dieser unvermeidbaren Überschreitung geführt. Für die Überschreitung übernehme er die Verantwortung.

StR. Mag. Weiskopf weist darauf hin, dass man sehr wohl wisse, warum es zur Überschreitung gekommen sei.

Vizebgm. Bock entgegnet dem, dass er auch wisse, warum es zur Überschreitung gekommen sei, welche im Übrigen nicht unerheblich sei. Die Technik im Wertstoffhof sei nun auf dem neuesten Stand. Man solle nur vorsichtiger sein, wenn man bestimmte Aussagen bezüglich der Einhaltung von Ansätzen macht.

Vizebgm. Stenico antwortet, dass alles versucht worden sei, damit die Ansätze eingehalten werden konnten. Aber die neue Technik habe eben mehr gekostet und die Mehrausgaben seien alle durch Beschlüsse gedeckt.

Der Vorsitzende fügt hinzu, dass auch die Nachbesserungen einiges an Geld verschlungen haben.

GR. Reinalter nimmt Stellung zu der Kritik bezüglich der Nichtausschöpfung der Ansätze und erklärt, dass am Ende des Jahres noch viel investiert worden sei, dies aber leider nicht mehr ins alte Jahr gebucht werden könne. Auch der Umbau der Volksschule Perjen und der Mitarbeiterwechsel sei nicht außer acht zu lassen. Bezüglich der Brandschutzmaßnahmen wegen der Musikschule warte man auf ein Gesamtkonzept.

Vizebgm. Stenico fügt hinzu, dass es eine gute Entscheidung gewesen sei, auf ein Gesamtkonzept zu warten.

Vizebgm. Bock entgegnet dem, dass in diesem Bereich um ca. 3 Mio. Schilling zu wenig ausgegeben wurde. Der Brandschutz sei da nur ein Teil davon. Die Mitarbeiter der Schulen und Kindergärten seien immer sparsam, da sei es schade, wenn Geld ungenützt bliebe.

Im Anschluss daran verliest GR. Lechleitner den Überprüfungsbericht, welcher der Originalniederschrift als Bestandteil beigegeben wird.

Anschließend erklärt er, dass der Überprüfungsausschuss Verstärkung durch ein Mitglied des AAB erhalten habe. Weiters sei der Überprüfungsbericht ein Beschluss des Kollegium und decke nicht unbedingt seine persönliche Meinung.

Die FPÖ-Gemeinderatsfraktion schließe sich dem Antrag des Überprüfungsausschusses an.

GR.-Ers. Leitl bedankt sich für die Erwähnung seiner Person als neues Mitglied des Überprüfungsausschusses. Weites merkt er an, dass alle Angestellten im Hause bemüht seien, zu sparen. Auch der AAB schließe sich dem Antrag des Überprüfungsausschusses an.

Im Folgenden ersucht der Vorsitzende den Bürgermeister den Sitzungssaal zu verlassen, um in dessen Abwesenheit über den Rechnungsabschluss diskutieren zu können. Sodann verläßt der Bürgermeister den Sitzungssaal.

Für die von Bgmstv. Stenico durchgeführte Abstimmung ergibt sich sodann Einstimmigkeit für die Jahresrechnung 2001 und somit die Entlastung des Bürgermeisters.

Der Bürgermeister bedankt sich beim Gemeinderat für die erteilte Entlastung und übernimmt wieder den Vorsitz.

Anschließend verliest er nachstehenden Antrag über die Verwendung des Überschusses der Jahresrechnung 2001:

Der Finanzausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, den Überschuss aus der Jahresrechnung 2001 wie folgt zu bedecken:

Ansatz	Text	Verw. ÜS in ATS	Verw. ÜS in €
1/019000-723400	Repräs., Internat. Jahr der Berge	299.974,54	21.800,00

1/029000-614900	Einmalige Gebäudeinstandhaltung	227.044,95	16.500,00
1/211100-614900	Einmalige Gebäudeinstandhaltung	502.250,95	36.500,00
1/612000-002500	San. Malsenstr. - Jöch. bis Schw. Ad.	550.412,00	40.000,00
1/612000-002900	Neugestaltung Dorfplatz Perjen	580.684,66	42.200,00
1/612000-611920	Felssicherung Perjenerweg	550.412,00	40.000,00
1/612000-611970	Fahrbahnsanierung Prandtauweg	550.412,00	40.000,00
1/612000-774000	Felssicherung Gerberbrücke	103.202,25	7.500,00
1/816000-619920	Optimierung Straßenbeleuchtung	57.680,42	4.191,80
1/840000-614900	San. Handelsschulgeb.; Probelokal	247.685,40	18.000,00
1/853030-614000	Reinigung Tiefgarage	137.603,00	10.000,00
1/900000-042100	EDV-Anlage	275.206,00	20.000,00
1/920000-040000	Polizeifahrzeug	<u>172.003,75</u>	<u>12.500,00</u>
	Überschuss 2001	4.254.571,92	309.191,80

Vizebgm. Bock stellt fest, dass mit dem Überschuss eine große Anzahl von Vorhaben, welche im Großen und Ganzen der Allgemeinheit diene, mitfinanziert werden können. Man hätte eventuell einiges auch den Rücklagen zuführen können. Bezüglich der Gestaltung des Eingangsbereiches des Rathauses teilt Vizebgm. Bock mit, dass für den Umbau ein Gesamtkonzept erstellt werden solle. Durch den Umbau solle der Eingangsbereich offener, freundlicher und behindertengerechter gestaltet werden. Die ÖVP-Gemeinderatsfraktion werde diesem Antrag nur zustimmen, wenn für den Umbau des Eingangsbereiches für das Rathaus ein Gesamtkonzept erstellt werde.

Der Vorsitzende teilt mit, dass es schon immer ein Anliegen gewesen sei, den Eingang behindertengerecht zu gestalten. Man habe schon öfters darüber diskutiert, aber es sei dann immer etwas dazwischen gekommen, sodass eine Realisierung nicht möglich gewesen sei. Den Vorschlag des Vizebgm. Bock bezüglich eines Gesamtkonzeptes für den Eingangsbereich halte er für eine gute Idee und er werde dies festhalten bzw. veranlassen.

GR. Lechleitner betont, dass Landeck alles andere als eine behindertenfreundliche Stadt sei. Durch die behindertengerechte Gestaltung des Eingangsbereiches sei es möglich, eine Signalwirkung zu setzen. Im Anschluss zeigt er ein Bild des Perjener Dorfplatzes aus dem Jahr 1951, danach ein Bild von heute. Er erklärt, dass die Besitzverhältnisse immer noch die gleichen seien und dass man bei der Neugestaltung den ehemaligen Platz miteinbeziehen solle. Dafür wäre es erforderlich, dass die dortigen Missstände behoben werden.

Der Vorsitzende erklärt, dass Herr Kathrein bereits aufgefordert worden sei, die Missstände zu beseitigen. Leider habe dieser darauf nicht reagiert.

Vizebgm. Bock stellt hierzu fest, dass die Stadtgemeinde diesbezüglich schon einen Prozess gegen Herrn Kathrein geführt und leider verloren habe. Es sei festgestellt worden, dass Herr Kathrein das Recht ersessen habe. Die Frage stelle sich nur, ob

die Stadtgemeinde einen weiteren kostenaufwendigen Prozess führen wolle. Es sei aber auch immer im Sinne der ÖVP gewesen, den ursprünglichen Dorfplatz zum Neuen zu machen.

GR. Lechleitner bemerkt, dass der Dorfplatz früher immer ein beliebter Treffpunkt gewesen sei und man solle versuchen, dies wieder zu erreichen.

Vizebgm. Stenico stimmt dem zu und erklärt, wenn es der Wille aller Parteien sei, den Perjener Dorfplatz so zu errichten, wie er einmal gewesen sei, dann werde man sicher einen Weg finden.

Vizebgm. Bock fügt hinzu, dass ein erworbenes oder ersessenes Recht zu beachten sei. Man könne dies nicht einfach außer acht lassen.

Nach einer weiteren kurzen Diskussion einigt man sich, dieses Thema im entsprechenden Ausschuss zu behandeln und in Folge wird der Antrag des Finanzausschusses über die Verwendung des Überschusses der Jahresrechnung 2001 vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Pkt. 4) der TO.: **Anträge des Stadtrates**

Der Vorsitzende verliest nachstehende Anträge des Stadtrates an den Gemeinderat:

a) Lastenfreistellung

In EZ. 1221, GB 84007 Landeck, Eigentümer – Alois und Hermine Maierhofer, Landeck, Prandtauersiedlung 31 ist unter C-OZ. 1 das Vorkaufsrecht für die Stadtgemeinde Landeck und unter C-OZ. 3 ein Pfandrecht über S 10.000,- zu Gunsten der Stadtgemeinde Landeck einverleibt. Das Ehepaar Maierhofer hat um Löschung dieser Belastungen ersucht.

Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung vom 09.04.2002 mit diesem Ansuchen befasst und beantragt, der Gemeinderat möge auf das gegenständliche Vorkaufsrecht und Pfandrecht verzichten und der grundbücherlichen Löschung zustimmen.

Das mit dem Pfandrecht verbundene Siedlerdarlehen ist längst zurückbezahlt. Das Vorkaufsrecht wurde bereits im Jahre 1969 einverleibt.

Diesem Antrag stimmt der Gemeinderat einstimmig zu.

b) Schützengilde – Benützungsbewilligung

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 26.4.1988 wurde der Schützengilde Landeck eine Benützungsbewilligung für die Lokalitäten im Gebäude der Volksschule Ange-

dair eingeräumt. Im Zusammenhang mit einer Subventionsgenehmigung durch das Land Tirol hat die Schützengilde ersucht, diese Bewilligung um weitere 20 Jahre zu verlängern.

Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung vom 09.04.2002 mit dieser Angelegenheit befasst und beantragt, der Gemeinderat möge die mit Gemeinderatsbeschluss vom 26.4.1988 erteilte Benützungsbewilligung bis zum Jahr 2028 verlängern.

Mit diesem Antrag erklärt sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

c) Altersheim-Westfassade – Auftragsvergabe

Entsprechend dem Auftrag des Stadtrates wurden vom Bürgermeister Nachverhandlungen über die Honorarhöhe mit dem Architekten Bruno Sandbichler geführt. Architekt Sandbichler bietet einen Rabatt von 10% für beide unten angeführten Honorare an, wobei der Rabatt bis Ende 2004 Gültigkeit besitzt. Leistungen im Zuge der Projektumsetzung die ab 2005 anfallen, werden ohne Abzug in Rechnung gestellt. Einer „Deckelung“ der Honorarhöhe kann er zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zustimmen, da viele kostenrelevante Details (Materialien, Anteil öffentlicher Fenster, ...) noch nicht geklärt sind. Erst nach dem Vorliegen einer genehmigten Detailplanung und der dann möglichen Ermittlung exakterer Herstellungskosten, ist eine Deckelung denkbar.

Unter Berücksichtigung des Verhandlungsergebnisses ergeben sich unten stehende Honorarhöhen.

Das erste Angebot umfasst alle notwendigen Leistungen für die Umgestaltung der Außenfassade der Westseite (geschätzte Nettoherstellungskosten von € 971.200,--).

1. Architekturplanung:	
Vorentwurf (Wettbewerbsprojekt), Entwurf, Einreichung, Ausführungsplanung, Kostenermittlungsgrundlagen (Ausschreibung), künstlerische, technische und geschäftliche Oberbauleitung	9,33 %
2. Örtliche Bauaufsicht durch Partner vor Ort	4,30 %
3. Planungs- und Baustellenkoordinator	1,50 %
Zwischensumme	15,13 %
-10 % Rabatt	-1,51 %
Honorarsumme 1	13,62 %

Daraus ergibt sich ein vorläufiges Nettohonorar von € 132.277,-- (ATS 1,82 Mio.).

Nebenkosten (berechnet von der Honorarsumme) 5,00 %

Die Leistungen des zweiten Angebotes umfassen die Neugestaltung der Gemeinschaftsbereiche in allen Geschossen unter Einbeziehung von Zimmerflä-

chen zur Schaffung geeigneter Aufenthaltsbereiche sowie Verbesserung der Verbindung mit den Außenflächen (Terrassen, Park). Dem Angebot liegen Nettoherstellungskosten von € 300.000,-- (ATS 4,1 Mio.) zu Grunde.

Gesamte Büroleistung 10,81 % (inkl. Nebenkosten)

Vorentwurf (15 % der Büroleistung)	1,622 %	
<u>Entwurf (20 % der Büroleistung)</u>	<u>2,162 %</u>	
Zwischensumme	3,784 %	
- 10 % Rabatt	-0,378 %	
Honorarsumme 2	3,406 %	€ 10.215,45 (ATS 140.567,66)

Wie dem Bauzeitplan zu entnehmen ist, soll im heurigen Jahr die gesamte Planung und Ausschreibung umgesetzt werden. Die Realisierung soll dann je nach vorhandenen Budgetmitteln in den darauffolgenden Jahren erfolgen, wobei eine möglichst straffe Durchführung wünschenswert wäre.

Zur Einhaltung des Zeitplanes wird der Stadtrat um Beratung und vorab Entscheidung zur Vergabe der oben angeführten Leistungen an das Planungsbüro ersucht.

Es wird auch zur Diskussion gestellt, ob für den Zeitraum der Umsetzung ein eigenes Gremium aus Vertretern der Politik, des Altersheimes (Herr Reinhard Scheiber) und des Bauamtes (Dipl.-HTL-Ing. Moschen, Ing. Handle) ins Leben gerufen wird.

Der Stadtrat hat sich mit diesem Antrag in seiner Sitzung vom 09.04.2002 befasst und beantragt Beschlussfassung in oben angeführtem Sinne.

Vizebgm. Bock ist der Meinung, dass für die Sanierung ein Gremium analog eines großen Ausschusses mit dem Bürgermeister als Vorsitzenden eingerichtet werden sollte, da es sich doch um ein größeres Projekt mit enorm hohen Ausgaben handle.

Der Vorsitzende erklärt, er sei damit einverstanden und man werde zusammen eine Vorschlag ausarbeiten.

Auch GR.-Ers. Leitl spricht sich ebenfalls für einen Ausschuss aus. Weiters gibt er zu bedenken, ob eine Prozentbezahlung einen Architekten überhaupt zum Sparen verleite. Er sei schon der Meinung, dass dieser gerecht bezahlt werden sollte, aber könne man nicht ein oberes Level einführen.

Der Vorsitzende erklärt, dass dies mit dem Architekten so vereinbart und zugesagt worden sei.

Bei der folgenden Abstimmung ergibt sich für diesen Antrag Einstimmigkeit.

Pkt. 5) der TO.: **Auftragsvergabe – Ankauf Löschfahrzeug (Pumpe 1)**

Der Vorsitzende begrüßt die Vertreter der Feuerwehr Landeck. Er erklärt, dass mit dem Kommandanten der Stadtfeuerwehr Herrn Reinhold Greuter jun. einige Gespräche geführt worden seien. Für den Ankauf seien Rücklagen gebildet worden. Die Ausschreibung sei durch die Stadtfeuerwehr Landeck erfolgt. Im Weiteren verliest der Vorsitzende den Antrag der Feuerwehr der Stadt Landeck.

Wie in mehreren Vorgesprächen bereits vereinbart, steht im nächsten Jahr der Austausch des nunmehr 22 Jahre alten Löschfahrzeuges (Pumpe 1) an. Die Stadtfeuerwehr Landeck hat die Ausschreibungsunterlagen an vier Firmen ausgesandt und von zwei Firmen ein Angebot erhalten (eine Firma hat schriftlich von der Angebotslegung Abstand genommen; die andere per Telefon).

Nach einer eingehenden Prüfung der Angebotsunterlagen durch den Ausschuss der Feuerwehr Landeck und nach Rücksprache und Zustimmung des LFI Ing. Gruber, bitten wir Sie, den Auftrag aus folgenden Gründen dem Bestbieter, der Firma Rosenbauer GmbH. Aus Leonding, zu vergeben:

- Die Firma Rosenbauer GmbH. ist mit ihrem Angebot auch der Billigstbieter (das Angebot der Firma Lohr ist um € 4.524,-- höher).
- Die Ausführungen des Aufbaues entsprechen den Anforderungen des Leistungsverzeichnisses.
- Aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit der Firma Rosenbauer kann man davon ausgehen, dass das Fahrzeug sehr sorgfältig und nach den Wünschen der Feuerwehr Landeck gebaut wird.
- Die zukünftigen Wartungsarbeiten können kostengünstiger ausfallen, da ein Wartungsvertrag mit der Firma Rosenbauer bereits besteht und das neue Fahrzeug in diesen eingegliedert werden kann.

Die Feuerwehr Landeck bittet daher den Gemeinderat der Stadt Landeck, den Auftrag an die Firma Rosenbauer als Best- und Billigstbieter zu vergeben.

Der Vorsitzende ergänzt, dass die Lieferung im Jahre 2003 erfolgen werde.

GR. Reinalter stellt fest, dass das alte Feuerwehrauto nach 22 Jahren seinen Dienst erfüllt habe. Dies sei sicher auch auf die gute Pflege durch die Mitarbeiter der Feuerwehr zurückzuführen.

Der Ankauf des Löschfahrzeuges bei der Firma Rosenbauer wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen

Pkt. 6) der TO.: **Anträge des Bau- und Wasserausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Bau- und Wasserausschusses, Bgmstv. Josef Stenico, den Vortrag. Er verliest nachstehende Anträge an den Gemeinderat:

a) **Tiefbauarbeiten am Lötz- und Burgweg; Kleinflächensanierung 2002 – Auftragsvergabe**

Vom Stadtbauamt wurden ob angeführte Bauvorhaben unter nachstehenden Firmen beschränkt ausgeschrieben. Das überprüfte Angebotsergebnis lautet dabei wie folgt:

1. Tiefbauarbeiten Lötz/Burgweg:

	Firma	Anbotspreis netto EUR	Angebotspreis brutto EUR	Differenz %
1.	Swietelsky	111.872,60	134.247,12	0,0
2.	Strabag	114.770,12	137.724,14	2,6
3.	Streng Bau	119.780,38	143.724,14	7,1
4.	Alpine Mayreder	123.416,60	148.099,92	10,3
5.	Fröschl AG	130.559,90	156.671,88	16,7
6.	Hilti & Jehle	139.543,40	167.452,08	24,7

In o.a. Beträgen sind neben den Kosten für die Erneuerung des Straßenunter- und oberbaues im Bereich der Wohnanlage Schrofenstein auch die Kosten für die Kanal- und Wasserleitungsverstärkung im Burgweg enthalten. Die Angebotskosten der Billigstbieterfirma Swietelsky teilen sich auf die einzelnen Bauleistungen wie folgt auf:

	Abrechnungssumme EUR
Straßenbau	80.400,00 (brutto)
Kanalbau	35.000,00 (netto)
Wasserleitungsbau	9.000,00 (netto)
S u m m e	124.400,00

Die Gesamtbedeckung für die Vergabe der ausgeschriebenen Bauleistungen an die Billigstbieterfirma Swietelsky ist im heurigen Voranschlag mit einem budgetierten Betrag in Höhe von EUR 154.000 gegeben.

Der Baubeginn soll im Juni erfolgen, damit die Arbeiten zeitgleich mit der Außenanlagengestaltung bei der Wohnanlage mitausgeführt werden können.

2. Kleinflächensanierung- und Belagsarbeiten 2002:

Die Ausschreibung der Kleinflächensanierung ergab folgendes Offertergebnis:

	Firma	Angebotspreis brutto EUR	Differenz %
1.	Alpine Mayreder	29.247,18	0,0
2.	Swietelsky	29.869,08	2,1
3.	Fröschl AG	30.305,40	3,6
4.	Strabag	31.978,44	9,3
5.	Streng Bau	33.770,84	15,5
6.	Hilti & Jehle	35.168,64	20,2

Die Bedeckung erfolgt aus der Voranschlagstelle „Instandhaltung des Gemeindestraßennetzes“ mit einem budgetierten Ansatz von S 1,0 Mio.

Der Bau- und Wasserausschuss beantragt auf Grund des vorliegenden Angebotsergebnisses die Auftragsvergabe an die jeweilige Billigstbieterfirma.

Die Auftragsvergaben werden vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

b) Sanierung Thialbrücke

Die Ausschreibung der Zimmermannsarbeiten für die Erneuerung der Fahrbahnkonstruktion der Thialbachbrücke erfolgte beschränkt öffentlich, wobei folgende Firmen zur Angebotslegung eingeladen wurden:

Alpine Mayreder, Pümpel, Streng Bau, Swietelsky, Wucherer, Fröschl, Vorhofer

Das Ergebnis dieser Ausschreibung mit und ohne Prüfung lautet wie folgt:

Firma	Angebotssumme in EUR brutto (ungeprüft)	Angebotssumme in EUR brutto (geprüft)	Angebotssumme in EUR brutto (korrigiert)
Pümpel	28.699,12	28.699,12	16.819,12
Vorhofer	28.987,80	27.787,80	16.123,80
Wucherer	30.453,97	30.453,97	17.925,97
Streng	32.997,66	32.997,66	20.578,20

Bei der Offertüberprüfung stellte sich heraus, dass sich die Firma Vorhofer bei der Pos. 4.1 (Seite 7) verrechnet hat. Bei der Ermittlung des Positionspreises (40 m² x 65,0 Eur) wurde statt richtigerweise 2.600 Eur der Betrag 3.600 Eur eingesetzt. Gemäß ÖNORM A2050 ist das Produkt aus Menge und dem Einheitspreis maßgebend, weshalb der Positionspreis berichtigt werden kann. Eine Berichtigung mehr als 2% der Nettoangebotssumme bzw. eine Angebotsvorreihung ist jedoch unzulässig.

Somit bleibt die Firma Pümpel nach wie vor Billigstbieter.

Bei der Erstellung des Leistungsverzeichnisses ist dem Ausschreiber unter der Pos. 2.4. ein Mengenfehler passiert. Die Verrechnungseinheit wurde irrtümli-

cherweise noch im Schillingbetrag angenommen, weshalb sich der Eur-bedingt ein erhöhter Positionspreis ergibt. Das Angebotsergebnis bleibt jedoch durch diese Mengenkorrektur gleich. Die Firma Pümpel hat sich zwischenzeitlich damit einverstanden erklärt, den Auftrag mit der reduzierten Summe zu den angebotenen Preisen auszuführen.

Im Voranschlag 2002 ist für die Sanierung der Thialbrücke eine Betrag in Höhe von S 14.500 Eur vorgesehen.

Vizebgm. Bock stellt den Antrag, den Auftrag der Firma Vorhofer zu erteilen, da diese der Billigstbieter sei und andererseits der Rechenfehler nachvollziehbar und verzeihbar sei. Hätte man sich immer streng an die Richtlinien gehalten, hätten einige Aufträge nicht vergeben werden dürfen.

Auf Anfrage des Vorsitzenden erklärt Dr. Schneider, dass es durchaus möglich sei, dass die Firma Pümpel im Falle eines Schadens ein Rechtsmittel ergreifen könnte.

Auch GR. Lechleitner spricht sich für den Antrag der Auftragsvergabe an die Firma Vorhofer aus Gründen der Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit aus.

Vizebgm. Stenico fügt hinzu, dass es sehr heikel sei, jemanden, der im Recht sei, zu benachteiligen.

GR. Hittler ist der Meinung, dass der Rechenfehler durchaus nachvollziehbar sei. Auch seien solche Entscheidungen schon des öfteren gefallen.

Bei der darauffolgenden Abstimmung ergeben sich für den ursprünglichen Antrag, den Auftrag an die Firma Pümpel zu vergeben, 8 Pro und 11 Gegenstimmen.

Für den Antrag, den Auftrag an die Firma Vorhofer zu vergeben, ergeben sich 11 Pro und 8 Gegestimmen.

Aufgrund der Abstimmung des Gemeinderates wird der Auftrag an die Firma Vorhofer vergeben.

c) Erneuerung der Straßenbeleuchtung in der Fischerstraße – Auftragsvergabe

Nachdem die Straßenbeleuchtung in der Fischerstraße zu den ältesten Anlagen der Stadt zählt und die Stromanspeisung noch über Bleikabeln erfolgt hat man im Zuge des Kanalbaues vor zwei Jahren eine neue Verkabelung mitverlegt und die Mastfundamente für eine neue Beleuchtungsanlage errichtet. Zwischenzeitlich sind an der alten Anlage mehrere Störungen aufgetreten weshalb die Erneuerung der Straßenbeleuchtungsanlage dringend erforderlich geworden ist.

Vom Stadtbauamt Landeck wurden von den Landecker Elektrofirmen nachstehende Offerte für eine neue Beleuchtungsanlage eingeholt, wobei man sich drei verschiedene Modelle anbieten ließ:

Firma	Angebotssumme in EUR brutto		
	Mod. „Knoblich. Glocke“	Mod.„ZOB“ von BG	Mod. „Rondo“ von BG
Tiwag	9.720,--	8.376,--	5.512,--
Elektro Müller	13.080,--	9.160,--	6.080,--
EAH-Huber	14.008,--	11.264,--	7.264,--

Der Bau- und Wasserausschuss hat sich in seiner Sitzung am 18.4.2002 mit dem vorliegenden Angebotsergebnis befaßt und beantragt die Auftragsvergabe an die Firma Tiwag für das Modell „ZOB 1160“ der Fa. BG-Licht. Es handelt sich hierbei um dasselbe Modell wie im Lantechareal, hat jedoch infolge des größeren Leuchtenabstandes eine Lichtpunkthöhe von 6,0 m und eine etwas größeres Gehäuse. Als Leuchtmittel kommt eine 70W-NAV-Lampe (gelbes Licht) zum Einsatz. Mit der Erneuerung dieser Beleuchtungsanlage wird wieder ein kleiner Schritt in Richtung Energie- und Instandhaltungsoptimierung gesetzt. Mit dem neuen Leuchtmittel ergibt sich zu den bestehenden 200W-Glühlampen eine jährliche Stromeinsparung von ca. 6500 kWh. Die Stromkostenreduktion beträgt dabei jährlich ca. EUR 735 (ca. S 10.000,--). Außerdem verringern sich infolge der wesentlich längeren Lebensdauer der Natriumlampen die Instandhaltungskosten.

Im heurigen Voranschlag steht für die Erneuerung dieser Straßenbeleuchtungsanlage ein Betrag in Höhe von EUR 15.000 zur Verfügung.

Vizebgm. Bock stellt sich die Frage, warum die Erneuerung nicht in der ganzen Fischerstraße vorgenommen werde. Es sei für den Einzelnen nicht verständlich, warum nur ein Teil der Fischerstraße saniert werde.

Hierzu erklärt Ing. Sailer, dass im einen Bereich noch die alte Verkabelung sei. Für die Erneuerung der Straßenbeleuchtung müsse man neue Kabel verlegen. Dafür wäre es erforderlich, den Gehsteig aufzureißen und dies würde enorme Kosten verursachen.

Vizebgm. Stenico fügt hinzu, dass der Rest dieses Ansatzes für die restliche Sanierung der Fischerstraße aufbehalten werde.

Der Vorsitzende teilt mit, man werde die Kosten für eine komplette Erneuerung der Straßenbeleuchtung errechnen und dann dem Ausschuss vorlegen.

Vizebgm. Bock macht den Vorschlag, es solle auf jeden Fall versucht werden, für die restliche Erneuerung die gleichen Bedingungen zu erhalten und dann im Ausschuss beraten.

Sodann erklärt sich der Gemeinderat mit dem vorliegenden Antrag einstimmig einverstanden.

d) Grenzbereinigung

Im Zuge des Rechtsgeschäftes über den Erwerb des Wohnhauses Obere Feldgasse 4, durch Mag. Peter Weigand und seiner Schwester als Mitbesitzerin stellte sich heraus, dass die Katastergrenze zwischen dem öffentlichen Gut des Lötzweges bzw. der Oberen Feldgasse und der gegenständlichen Liegenschaft nicht mit dem Naturstand übereinstimmt. Damit für die Zukunft ein klarer Grenzverlauf geschaffen wird, ersucht Herr Weigand die Stadtgemeinde Landeck um Korrektur der gemeinsamen Grenze.

Der Bau- und Wasserausschuss hat sich in seiner Sitzung am 18.4.2002 mit dieser Angelegenheit befasst und erklärte sich mit der Grenzbereinigung einverstanden. Die sich aus dem Grundtauschgeschäft im Bereich des Vorplatzes ergebende Differenzfläche von 5 m² hat Herr Mag. Weigand um 100 EUR/m² käuflich zu erwerben, wobei die Vermessungs- und Verbücherungskosten ebenfalls zu seinen Lasten gehen.

Der Gemeinderat wird um Beschlussfassung im Sinne dieses Antrages ersucht.

Der Antrag des wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

e) Grundverpachtung

Thomas und Martina Watzdorf ersuchen die Stadtgemeinde Landeck um die pachtweise Überlassung des von Richard Traxl gekündigten PKW-Stellplatzes auf der stadteigenen Gp. 160 in der Knappenbühelgasse.

Der Bau- und Wasserausschuss ist mit dieser gewünschten Weiterverpachtung zu den gleichen Bedingungen einverstanden und ersucht den Gemeinderat um die Beschlussfassung.

Der Gemeinderat erklärt sich mit diesem Antrag einstimmig einverstanden.

f) Dienstbarkeitseinräumung an die Tiwag

Die Tiroler Wasserkraftwerke AG beabsichtigt die Verlegung eines Lichtwellenleiters von der bestehenden UTA-Leitungstrasse im Gehsteig der Innstraße bis zum Fernmeldegebäude. Dabei verläuft die Leitungstrasse auf einer Länge von ca. 25 m über die öffentliche Wegparzelle Gp. 44 (Weg beim Fernmeldegebäude).

Der Bau- und Wasserausschuss hat sich in seiner Sitzung am 18.4.2002 für die Einräumung des beantragten Dienstbarkeitsrechtes ausgesprochen und ersucht den Gemeinderat um Beschlussfassung.

Vorliegende Dienstbarkeitseinräumung wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

g) Straßenmarkierungsarbeiten auf dem städt. Gemeindestraßennetz – Auftragsvergabe

Die Straßenmarkierungsarbeiten wurden in den vergangenen Jahren vom städt. Maler (Schutzwege) und von der Firma Heoscont als Spezialunternehmen für Verkehrssicherheit (Längs- und Parkplatzmarkierungen) durchgeführt. Nach Ablauf des längerfristigen Auftrages mit der Firma Heoscont soll dieser wieder verlängert

werden. Dazu hat die Firma der Stadt Einheitspreise für die einzelne Leistungspositionen mit folgenden Rabatten offeriert.

Einjährige Vergabe 10 %,

Deijährige Vergabe 12 %

Fünffährige Vergabe 15%

Der Bau- und Wasserausschuss beantragt hiermit die Auftragsverlängerung an die Firma Heoscont um weitere 5 Jahre. Die angebotenen Einheitspreise unterliegen jedoch bei der längerfristigen Vergabe der Preisgleitung.

Die Beauftragung für die durchzuführenden Markierungsarbeiten erfolgt je nach Notwendigkeit vom Stadtbauamt Landeck. Das jährliche Auftragsvolumen liegt bei ca. 5000 EUR.

Der Gemeinderat wird um Beauftragung der Bodenmarkierungsarbeiten an die Firma Heoscont im Sinne dieses Antrages ersucht.

Der Gemeinderat erklärt sich mit vorliegender Auftragsvergabe einstimmig einverstanden.

Pkt. 7) der TO.: **Antrag des Wohnungsausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Wohn- und Siedlungsausschusses, GR. Niederbacher, den Vortrag. Er verliest nachstehenden Antrag an den Gemeinderat:

Kellerdeckendämmung in der städtischen Wohnanlage Salurnersraße 2 – 10;
Auftragsvergabe

Für die Wärmedämmung der Kellerdecke in der städtischen Wohnanlage Salurnerstr. 2 – 10, sind im heurigen Budget € 35.000,- veranschlagt worden. Das Stadtbauamt hat nunmehr diese Arbeiten ausgeschrieben und ist nachfolgendes Offertergebnis zustande gekommen:

Fa. Swietelsky BaugesmbH.	€ 18.004,56 inkl. MwSt
Alpine-Mayreder BaugesmbH.	€ 21.402,00 inkl. MwSt
Fa. Pümpel BaugesmbH.	€ 21.781,68 inkl. MwSt
Fa. Wucherer BaugesmbH.	€ 29.458,08 inkl. MwSt
Fa. Streng BaugesmbH.	nicht angeboten

Die Wärmedämmung wird durch Anbringung einer Polystyrol-Dämmplatte (EPS-F) mit 12 cm Stärke vorgenommen. Die Oberfläche wird größtenteils lediglich gespachtelt und geweißt. Die Deckenflächen der Kellergänge und Teile des Stiegenhauses werden mit einem Dünnputz abgerieben.

Zu den oa. Kosten werden zusätzliche Kosten für Vorarbeiten, Elektroinstallationsarbeiten und Malerarbeiten im Ausmaß von ca. € 2.500,- bis € 3.000,- anfallen und werden diese überwiegend durch den städtischen Wirtschaftshof ausgeführt.

Der Wohnungsausschuss wurde per Umlaufbeschluss mit der anstehenden Sanierung befasst, stimmt der beschriebenen Vorgangsweise grundsätzlich zu und ersucht den Gemeinderat den Auftrag für die Vornahme der Dämmungsarbeiten an die Billigstbieterfirma Swietelsky, Urichstraße 6, zu vergeben.

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Wohn- und Siedlungsausschusses einstimmig zu.

Pkt. 8) der TO.: **Anträge, Anfragen und Allfälliges**

- a) GR.-Ers. Leitl bedankt sich für die Unterstützung beim Pfarrfest in Bruggen was die Bruggener Bevölkerung nicht als selbstverständlich ansehe. Man habe auch wieder einmal gesehen, dass das Pfarrfest von der Bevölkerung angenommen werde.
- b) GR. Lechleitner fragt an, welche weitere Planungen bezüglich des Weges beim Tennisplatz vorhanden sind?

Hierzu erklärt Vizebgm. Stenico, dass die Wand den Anforderungen entspreche. Man sei nach wie vor bemüht, eine Lösung zu finden. Wenn die finanziellen Voraussetzungen gegeben seien, werde man dieses Problem in Angriff nehmen.

GR. Lechleitner fügt hinzu, dass einige Kosten wie zum Beispiel die der Vermessung von den Bürgern schon bezahlt worden seien.

Vizebgm. Bock stellt fest, dass die Gemeinde die Verpflichtung habe, bei enormen Schneemengen bei der Räumung des Tennisplatzes den Platzwart zu unterstützen. Dies sei auch bisher immer erfolgt. Es sei daher notwendig, dass man diese Angelegenheit so bald wie möglich angehe.

- c) Vizebgm. Bock teilt mit, dass bei einem Feuerwehreinsatz nach Pfunds die Autos der Feuerwehrmitglieder wie eh und je vor dem Gebäude der Firma Rainalter und der Firma Huber abgestellt worden seien. Diese seien dann von der Gendarmerie gestraft worden. Für ihn sei es unverständlich, wie es zu so etwas kommen könne. Dieses mal habe man sich mit der Gendarmerie einigen können. Er fordere den Bürgermeister aber auf, diesbezüglich mit der Gendarmerie zu reden um eine Lösung zu finden.

Bgm. Stenico bedauert diesen Vorfall und teilt mit, dass er mit der Gendarmerie sprechen werde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung und bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit.
